



Parlamentarische Einblicke für die **Region Trier**

Berliner Einblick :

11. November 2015 | Nr. 19

Als neue Generalsekretärin nominiert Bundesparteitag wählt im Dezember in Berlin

Am 2. November hat mich der SPD-Parteivorstand für die Wahl der neuen Generalsekretärin beim Bundesparteitag im Dezember nominiert. Am Frei-

tag hatte mich der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel gefragt, ob ich das Amt übernehmen möchte. Da musste ich nicht lange überlegen. Es ist für mich eine Ehre, meiner Partei in dieser Zeit dienen zu dürfen.

Alle, die meine politische Arbeit in Berlin und im Wahlkreis verfolgen, wissen, dass

ich die Ideen der Sozialdemokratie leidenschaftlich vertrete. In der Sache kann ich hartnäckig streiten und meinem Standpunkt Geltung verleihen. Das ist eine Fähigkeit, die ich in Zukunft häufiger brauchen werden: die Abteilung Attacke. Aber das wird nicht mein genereller Politikmodus werden. Das ist nicht meine Art und entspräche auch nicht meiner Persönlichkeit.



Vor 21 Jahren bin ich der SPD beigetreten. Das Amt der Generalsekretärin ist für mich eine große Ehre.

Meine Stärke besteht eher darin, Politik zu erklären und zu vermitteln. Das ist mehr denn je eine große Herausforderung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden gebraucht. Unsere Antworten auf die dringenden Probleme dieser Zeit sichern den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es ist unsere Pflicht, unsere Antworten verständlich zu formulieren, um Vertrauen und Unterstützung zu gewinnen.

In den letzten Tagen gehen bereits viele Anfragen, die an mich als designierte Generalsekretärin gerichtet sind, in meinem Büro ein. Bitte habt Verständnis dafür, dass ich mich aus Respekt vor dem Bundesparteitag und der amtierenden Generalsekretärin bei politischen Bewertungen und Stellungnahmen noch bis zur Wahl zurückhalte.



Liebe Leserinnen und Leser,

die vergangene Woche war unbeschreiblich. Am Montag, dem 2. November, hat mich der SPD-Parteivorstand auf Vorschlag des Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel als neue Generalsekretärin nominiert.

Daraufhin haben mich unzählige Glückwünsche auf allen Kanälen erreicht. Ich habe mich wirklich sehr gefreut über die vielen lieben und aner kennenden Worte. Ich bitte um Verständnis, dass ich noch nicht alle Zuschriften sichten - geschweige denn beantworten konnte.

Der Bundesparteitag, dem die Wahlscheidung zukommt, findet vom 10. bis 12. Dezember in Berlin statt.

Liebe Grüße

Katarina

Katarina Barley

Sterbehilfeabstimmung im Deutschen Bundestag

Mehrheit beschließt Verbot geschäftsmäßiger Sterbehilfe – Situation für Ärzte verbessert sich nicht

Der Deutsche Bundestag hat am Freitag, 6. November 2015, ein Verbot geschäftsmäßiger Sterbehilfe beschlossen. Die Abstimmung war eine Gewissensentscheidung. Insgesamt lagen vier Gesetzentwürfe vor. Der Entwurf der Abgeordneten Michael Brand (CDU) und Kerstin Griese (SPD) erhielt eine Mehrheit. Meine Wahl war es nicht. Ich habe den Entwurf von Carola Reimann (SPD) und Peter Hintze (CDU) unterstützt. Eine Begründung habe ich in meiner Rede geliefert. Ein Auszug.

„Wir stimmen heute über vier Gesetzentwürfe ab, drei davon im Bereich des Strafrechts, einer im Bereich des Zivilrechtes [...]. Auch ich werde mich zunächst mit dem Gesetzentwurf Brand/Griese auseinandersetzen, weil ich ihn für hochproblematisch halte. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Es geht immer um die Kriminalisierung der Ärzte. Auch ich unterstelle nicht, dass die Autoren das wollen. Aber schauen Sie sich bitte einmal den Wortlaut an. [...]

Das Problem liegt in der Formulierung, dass *einem anderen* geschäftsmäßig Suizidbeihilfe geleistet wird. Das muss in der Absicht geschehen, die Selbsttötung *eines anderen* zu fördern. So steht es im Gesetzentwurf. Darauf habe ich die Verfasser dieses Gesetzentwurfs sehr frühzeitig hingewiesen. Das heißt, bestraft wird die auf Wiederholung angelegte Suizidbeihilfe, aber ausgeführt worden sein muss sie nur an *einem anderen*. Das ist der entscheidende Punkt; denn spätestens beim zweiten Mal muss geprüft werden, ob Geschäftsmäßigkeit vorliegt. Womöglich genügt es sogar schon, wenn Sie einen Arzt haben, der öffentlich bekundet, dass er Sterbehilfe richtig findet, dass er bereit ist, das zu tun. Dann haben Sie einen ersten Verdachtsfall. Ich will nicht sagen, dass derjenige dann verurteilt wird; aber ganz sicher wird in diesem Fall die Staatsanwaltschaft tätig. Das muss sie, weil es dem Gesetzeswortlaut entspricht. Daran kommen Sie nicht vorbei.

Ich vermute, dass Sie mit dem Element der Absicht diejenigen herausnehmen wollten, die Palliativ- und Hos-



Sterbehilfe-Debatte am 6. November
Foto: Sven Ullrich

pizmedizin betreiben. Das ist auch gut und richtig so. Aber diejenigen Ärzte, die ganz bewusst sagen: ‚In diesem Einzelfall möchte ich meinem Patienten helfen; ich sehe die existenzielle Not, in der er sich befindet, und wir haben gemeinsam im Arzt-Patient-Verhältnis alles versucht, alle Möglichkeiten der Behandlung, alle Möglichkeiten der Hospiz- und Palliativversorgung besprochen; wir sind gemeinsam der Meinung, dass es keinen besseren Weg gibt‘, treffen Sie mit Ihrem Gesetzentwurf. Ich halte das für fatal, weil wir dann keine Ärzte mehr finden, die sich so für ihre Patienten einsetzen.

Grundsätzlich [...] merkt man allen Gesetzentwürfen an, dass die Autoren bestimmte Einzelfälle im Kopf hatten, die sie regeln wollten, die sie erlauben oder verbieten wollten. Das ist nie gut, wenn man ein Gesetz macht. Wenn man ein Gesetz schafft, um einen konkreten Fall, den man vor Augen hat, zu regeln, dann besteht die Gefahr, dass man damit auch Fälle er-

fasst, die man nicht erfassen möchte. Das kann man nicht immer verhindern. Aber weil das so ist, muss man auf dem Gebiet des Strafrechts ganz besonders vorsichtig sein und darf zu diesem scharfen Schwert schlichtweg nicht greifen.

Mit Blick auf die Uhr will ich zum Entwurf Hintze/Reimann nur noch wenige Sätze sagen. Es wird immer gesagt, er sei verfassungswidrig, weil wir nicht die Gesetzgebungskompetenz haben. Ich halte das für falsch. Aus welchen Gründen? Erstens: Ich glaube, dass damit nicht wir unsere Zuständigkeiten überschreiten, sondern dass die Ärztekammern ihre Kompetenzen bei weitem überschritten haben.

Das Standesrecht ist dazu da, die Rechtssituation der Ärzte untereinander sehr niedrigschwellig zu regeln – da geht es um Werbung und solche Dinge; aber es ist definitiv nicht dazu da, um ein Thema zu regeln, mit dem sich der Deutsche Bundestag anderthalb Jahre lang beschäftigt hat und bei dem wir das Abstimmungsverhalten zu einer Gewissensentscheidung erklären.

Zweitens. Es gibt im BGB ein Beispiel dafür, dass das geht. Die §§ 630 a BGB ff. enthalten ganz ausführliche Regelungen zum Verhältnis von Arzt und Patienten, dazu, was Ärzte tun müssen, worüber sie informieren müssen, was sie dokumentieren müssen. Das alles steht schon im BGB; das ist überhaupt nicht das Problem.

Aus den Gründen, die ich Ihnen genannt habe, stimme ich für den Entwurf Hintze/Lauterbach. [...]"

Halbzeit in der 17. Wahlperiode

Die Legislatur ist jetzt bereits zwei Jahre alt

Seit zwei Jahren gehöre ich jetzt dem Deutschen Bundestag an. Diese Zeit ist wie im Flug vergangen und schon heißt es „Halbzeit“. Der Begriff „Pause“ würde kaum passen. Erst recht jetzt nach der Nominierung für die Wahl zur Generalsekretärin der Bundes-SPD.

Vieles von dem, was in Berlin passiert ist, habe ich regelmäßig im Berliner Einblick berichtet. Europapolitik, Oppositionsrechte, Mindestlohn, PKW-Maut und TTIP waren nur einige der Themen, die in den letzten zwei Jahren auf der Agenda standen und über die ich berichtet habe. So fühlten sich alle Leserinnen und Leser hoffentlich immer gut informiert. Jedenfalls haben mich bislang keine kritischen Stimmen diesbezüglich erreicht. Auch in Zukunft werde ich mit diesem Angebot vor allem meine parlamentarische und meine Wahlkreisarbeit begleiten.

Über eine fast vollendete Erfolgsgeschichte der Wahlkreisarbeit möchte ich ausführlicher berichten: das Ringen um die Barrierefreiheit am Bahnhof Schweich.

Wie funktioniert eigentlich Wahlkreisarbeit?

Im Wahlkreis werden viele Anliegen an mich herangetragen. Die Palette ist weitgefächert und reicht von persönlichen Einschätzungen der Bundespolitik über Besuchs- und Grußwortanfragen bis zur Unterstützung von kommunalpolitischen Vorhaben. Ein wichtiges und vor allem konkretes Projekt für die Menschen in meinem Wahlkreis verfolge ich seit dem ersten Tag im Deutschen Bundestag: die Barrierefreiheit des Bahnhofs Schweich.

In Schweich steigen täglich weniger als 1.000 Fahrgäste ein und um. Das sind zu wenige, um in der bisherigen Förderpolitik des Bundes einen barrierefreien Umbau zu rechtfertigen. Gleichzeitig aber haben wir in Schweich zahlreiche Angebote für beeinträchtigte Menschen und Senioren. Viele von ihnen sind auf barrierefreie Mobilität angewiesen. In den vergangenen zwei Jahren habe ich deshalb zahlreiche Gespräche mit der Deutschen Bahn, dem Zweckverband Schienenpersonennahverkehr, den Ver-

antwortlichen vor Ort und Politikern in Bund und Land geführt. Ich habe das Bundesministerium für Verkehr um Prüfung der besonderen Situation gebeten und Anfragen dazu im Bundestag gestellt.

Das zahlt sich jetzt aus. Im September hat das Bundesverkehrsministerium ein Programm für die Schaffung von Barrierefreiheit an kleinen Bahnhöfen ins Leben gerufen. Dieses Programm ist wie gemacht für Schweich, denn es richtet sich an Bahnhöfe mit weniger als 1.000 Fahrgästen pro Tag, die gleichzeitig in ihrem Einzugsgebiet Einrichtungen mit besonderem Förderbedarf vorweisen können. Das Land Rheinland-Pfalz hat das Projekt beim Bund angemeldet. Voller Ungeduld warte ich nun auf gute Nachrichten aus dem Bundesverkehrsministerium. Wir sind hier kurz vor dem Ziel. Der barrierefreie Umbau des Bahnhofs Schweich wird für viele Menschen eine spürbare Entlastung bei der Bewältigung ihres Alltags bringen.

Nachruf auf einen großen Staatsmann: Helmut Schmidt

Im Alter von 96 Jahren ist Helmut Schmidt am Dienstag, 10. November 2015, in seinem Haus in Hamburg verstorben. Vor seiner Lebensleistung verneige ich mich. Helmut Schmidt war ein leidenschaftlicher Sozialdemokrat, ein großer Bundeskanzler und auch nach seiner aktiven Politikerlaufbahn ein geschätzter Kommentator und Beobachter der Weltpolitik.

Bis zuletzt hatte sein Wort in der deutschen Öffentlichkeit und in der SPD Gewicht. Er war ein europapolitischer Vordenker. Seine Idee



Foto: Deutscher Bundestag / Presse-Service Steponaitis

von einem vereinten Europa ist heute aktueller und wichtiger denn je.

Dabei war der Politiker und Bundeskanzler Helmut Schmidt auch eine streitbare – aber stets aufrichtige – Person. Er hat stets Haltung bewiesen. Auf sein Wort war Verlass. Diese so wichtige Eigenschaft für einen Politiker haben die Menschen bis zuletzt an ihm geschätzt. Sie haben ihm und seiner Sicht auf die Welt vertraut.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden Helmut Schmidt vermissen. Er war einer von uns.

IMPRESSUM

Berliner **Einblick:** – 11.11.2015 – Herausgeberin: Dr. Katarina Barley, MdB – Redaktion und V.i.S.d.P.: Marcel Piest [map] – Anschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin – E-Mail: katarina.barley@bundestag.de – Redaktionsschluss: 11.11.2015

Finanzielle Unterstützung für Ausgrabungen im Archäologiestadtquartier Belginum

Für die archäologischen Arbeiten des Vicus von Belginum im Hunsrück an der Ausbaustrecke der B50 neu stellt der Bund zusätzliche Mittel in Höhe von rund 26.700 Euro bereit.

Dafür haben sich mein Kollege Peter Bleser (CDU) und ich parteiübergreifend eingesetzt. Wir wollen beide die Fortführung der Ausgrabungen im Archäologiestadtquartier Belginum. Die positive Botschaft des Staatssekretärs Günter Kern im Infrastrukturministerium Mainz ist wichtig für den Gewinn weiterer archäologischer Kenntnisse.

Gemeinsam hatten wir uns mit Land-

der Wohnbebauung, der Tempelbezirk 3 und das Gräberfeld – ist die Universität Trier federführend beauftragt.

Verantwortlich sind vor Ort die anerkannte Vor- und Frühgeschichtlerin Rosemarie Cordie und das Fach Klassische Archäologie mit Prof. Dr. Torsten Mattern. Die Ausgrabungen sind abgedeckt durch einen Kooperationsvertrag



Archäologische Funde müssen sorgsam dokumentiert und aufgearbeitet werden. Hier Symbolfoto einer alten römischen Villa.

Foto: Gila Hanssen / pixelio.de

tagsabgeordneten bereits im Sommer 2015 für eine finanzielle Unterstützung bei Bund und Land stark gemacht.

Die Baumaßnahmen im Zuge des Ausbaus der B50 neu haben an der Hochfläche um das Belginum im Kreuzungspunkt B327 und B50 erstaunliche und historisch bedeutsame Funde hervorgebracht.

Für die Ausgrabungen der Bereiche im Vicus – das Kulttheater, die antike wie gegenwärtige Straßenkreuzung, Teile

im Rahmen der Wissenschaftsallianz Trier e.V., den der Präsident der Universität Trier, Prof. Dr. Michael Jäckel mit der archäologischen Denkmalpflege des Landes Rheinland-Pfalz unterzeichnete.

Um die Entdeckungen für die Wissenschaft nutzen zu können, aber insbesondere das kulturelle Erbe für die Bevölkerung zu sichern, müssen diese Befunde und Funde systematisch erfasst und dokumentiert werden.

Trier wird zur Modellregion für Alphabetisierung

Das Programm „Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“ wird in Trier weitergeführt. Das Bundesbildungsministerium bewilligt zur Fortführung 538.000 Euro. Damit kann die erfolgreiche Arbeit des Bildungs- und Medienzentrums Trier fortgesetzt werden.



Foto: knipseline / pixelio.de

Berechnet nach den Ergebnissen der sogenannten Level-One-Studie der Universität Hamburg zum Ausmaß von Analphabetismus gibt es in Trier rund 10.000 Menschen, die von funktionalem Analphabetismus betroffen sind. Dies bedeutet, dass diese Menschen zwar einzelne Wörter und Sätze lesen und schreiben können, nicht jedoch zusammenhängende kürzere Texte wie zum Beispiel eine schriftliche Arbeitsanweisung verstehen.

In den vergangenen drei Jahren verankerte das Programm in Trier sehr erfolgreich arbeitsplatzorientierte Alphabetisierungs- und Grundbildungsangebote. Dies erreichte besondere Anerkennung aus dem Bund.

Das Bundesbildungsministerium hat ein hohes Interesse an nachhaltigen und transferfähigen Ergebnissen. Deshalb sollen ab November Module in Trier entwickelt werden, die in andere Regionen bundesweit transferiert werden. Mit dem gut aufgestellten Bündnis für Alphabetisierung und Grundbildung wird Trier zur Modellregion.